

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 132. Ratssitzung vom 4. Juli 2012

2913. 2012/155

Dringliches Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Peter Küng (SP) vom 04.04.2012: Quartiernahe Nutzung des Kasernenareals

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den beiden Postulaten 2012/155 und 2012/168 (Protokoll-Nrn. 2913 und 2914).

***Patrick Hadi Huber (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2558/2012): Mittlerweile ist vom Kantonsrat der Projektkredit für das Polizei- und Justizzentrum bewilligt worden. Das Versprechen, das Gelände für die Bevölkerung zugänglich zu machen, muss nun eingelöst werden. Eine langfristige, quartiernahe Nutzung des Kasernenareals ist zu gewährleisten. Der Erwerb des Geländes durch die Stadt und die Konditionen sind zu prüfen. Die Forderung der FDP, im Erdgeschoss des Gebäudes eine Werbenutzung und im Obergeschoss eine Wohnnutzung zu ermöglichen, kommt zum falschen Zeitpunkt. Zuerst muss die Bevölkerung ihre Wünsche äussern. Auch die Frage eines Abrisses oder Teilabbrisses stellt sich. Diesem Prozess sollte man jedoch nicht vorgreifen.*

***Mauro Tuena (SVP)** begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. April 2012 gestellten Ablehnungsantrag: Die Debatte sollte nicht zum jetzigen Zeitpunkt geführt werden. Die Kaserne ist kantonales Eigentum und niemand weiss, was der Kanton damit vorhat. Des weiteren kann das Gebäude nicht einfach abgerissen werden, denn Heimat- und Denkmalschutz reden hier mit. Wir können uns jedoch durchaus mit dem FDP-Postulat und der darin vorgeschlagenen Mischnutzung anfreunden. Subventionierten Wohnungsbau sehen wir aber nicht. Eine mögliche Nutzung sollte, wenn überhaupt, von privater Seite aus passieren. Dort sind wir aber noch lange nicht. Erst müssen wir abwarten, wie sich der Kanton entscheidet.*

***Michael Baumer (FDP)** begründet das Dringliche Postulat 2012/168 (vergleiche Protokoll-Nr. 2594/2012): Die Wahrscheinlichkeit, dass sich auf dem Gelände eine kantonale Verwaltungsstelle einrichtet, ist nicht so gross. In Anbetracht der Denkmalkategorien wird das Gebäude wohl nicht abgerissen und die öffentliche Nutzung des Erdgeschosses würde das Areal beleben. Zum falschen Zeitpunkt kommt unsere Idee keineswegs, der Stadtrat hat schliesslich zwei Jahre Zeit, das Postulat umzusetzen. Natürlich wäre der Kanton noch so froh, das Gelände der Stadt zu verkaufen. Diese müsste dann, un-*

ter Einbezug des Denkmalschutzes, alles selbst sanieren. Wir schlagen deshalb eine entsprechende Textänderung vor, sonst lehnen wir das SP-Postulat ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Das Kasernenareal muss sich aus dem Quartier heraus entwickeln. Dazu gehört auch die Diskussion, ob die Kaserne bestehen bleibt oder nicht. Auch das Gebäude hat Potenzial, dass man nutzen kann. Dieser ganze Prozess soll als Planungsgrundlage dienen, damit die Umnutzung zeitnah passiert.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir unterstützen das Postulat der FDP, weil es eine gute Mischung ökonomischer und sozialer Überlegungen ist. Die SP hingegen strukturiert den Einbezug der QuartierbewohnerInnen zu sehr. Am Schluss kommen 150 Leute und äussern ihre Wünsche. So wird das Projekt teuer und es gibt sicherlich Enttäuschungen, weil nicht alle Bedürfnisse berücksichtigt werden können.

Mario Mariani (CVP): Das Vorgehen der Stadt ist gut. Die Alternative wäre, die Bevölkerung aussen vor zu lassen. Vor allem das würde zu enttäuschten Gesichtern führen. Die CVP wird beide Postulate unterstützen.

Gerhard Bosshard (EVP): Die EVP begrüsst das Vorgehen der Stadt im Sinne einer Auslegeordnung, die alle Möglichkeiten beinhaltet. Dazu gehört auch der mögliche Abriss der Kaserne. Es soll eine Oase in dem wenig begrünten Gebiet entstehen. Dieses Ziel ist wichtig für die Lebensqualität in der Stadt, deshalb wollen wir, dass alle Möglichkeiten geprüft werden. Wir stimmen einer Nutzungsbestimmung für das Kasernengebäude noch nicht zu, bevor klar ist ob es stehen bleibt oder nicht.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir teilen die Ansicht, dass im Kasernenareal eine quatiernahe Nutzung anzustreben ist und deshalb in der künftigen Planung der Einbezug der QuartierbewohnerInnen gewährleistet werden soll. Wir unterstützen das Postulat der SP, gleichzeitig erachten wir aber auch das Anliegen der FDP als prüfenswert.

Markus Knauss (Grüne): Wir befürworten das Postulat der SP. Es ist zentral und wichtig, dass die Bevölkerung mitdenken kann. Einen Abriss oder Teilabbriss der Kaserne heissen wir jedoch nicht gut. Die FDP sieht dagegen von einem Abriss des Gebäudes ab, ist aber in ihren Nutzungsvorschlägen sehr eingeschränkt. Wir lehnen deshalb das FDP-Postulat ab.

Peter Küng (SP): Wenn wir warten, bis der Kanton sich entscheidet, was mit dem Areal passieren soll, können wir mitunter sehr lange warten. Wir müssen jetzt sagen, was wir wollen und nicht warten, bis der Regierungsrat uns irgendetwas vorsezt. Zum FDP-Postulat: Es ist nicht förderlich, die Ideenfindung offen zu lassen und dann von Anfang

3 / 3

an so eine geschlossene Sache vorzuschlagen. Zur SVP: Die Quartierbevölkerung setzt sich nicht nur aus Einzelpersonen zusammen, sondern auch aus Vereinen, Gruppierungen, dem Gewerbe und Schulen. Sie alle werden sicher etwas zu sagen haben.

Dr. Richard Wolff (AL): *Das öffentliche Mitwirkungsverfahren ist zentral. Packt man dies nicht richtig an, gibt es die Enttäuschungen. Sicher nicht, weil die Leute nicht fähig sind mitzuwirken, sondern weil das Ganze falsch organisiert wird oder die Stadt das macht, was sie von Anfang an machen wollte und nicht das, was die Bevölkerung will. Deshalb soll das Volk schon beim konzipieren, aufgleisen und strukturieren miteinbezogen werden.*

Thomas Schwendener (SVP): *Wir können zwar darüber diskutieren, müssen aber abwarten. Die FDP lässt in ihrer Vorlage die Kaserne stehen und hat schon konkrete Nutzungsvorschläge, was wir unterstützen.*

Michael Baumer (FDP): *Gerade wenn man die BZO prüft und umsetzt, finden die Mitwirkungsverfahren statt und jeder kann sich einbringen. Am Schluss kommt die Weisung in den Gemeinderat und wird hier auch nochmal diskutiert. Wenn der Stadtrat das Gelände aber einfach kauft, macht der Stadtrat damit, was er will, und dann gibt es kein Mitspracherecht mehr.*

Patrick Hadi Huber (SP): *Wir nehmen den Textänderungsantrag nicht an.*

Das Dringliche Postulat wird mit 76 gegen 43 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat